



17 Ziele für nachhaltige Entwicklung: Können sie bis 2030 erreicht werden?

UN Photo/Loey Felipe

Auf halber Strecke

Wo stehen wir im Wettlauf um die Ziele für nachhaltige Entwicklung? Zur Halbzeit der Agenda 2030 liegt der erforderliche Stand bei der Erreichung der 17 Ziele noch in weiter Ferne. Warum ist das so?

»Die Transformation unserer Welt«, zum Wohl aller Menschen bei gleichzeitiger Bewahrung des Planeten – mit dieser Vision beschlossen die 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (UN) am 25. September 2015 die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). Im Gegensatz zu früheren Entwicklungsagenden der Vereinten Nationen geht es bei der Agenda 2030 um die große Ganze: Die 17 Ziele mit ihren 169 Unterzielen nehmen **soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte** gleichermaßen in den Blick. Damit läutete die Agenda 2030, deren Kernelement die 17 Ziele sind, einen Paradigmenwechsel ein.

Die Ziele gelten als **unteilbar**, das heißt, sie können nicht isoliert voneinander betrachtet werden. Der Einsatz gegen Armut und Hunger begünstigt zum Beispiel auch die Friedenssicherung und Rechtsstaatlichkeit eines Landes. Bestrebungen für die Gleichstellung von Frauen und Minderheiten unterstützen wiederum ein friedlicheres Miteinander. Neben diesen positiven Wechselwirkungen gibt es gleichzeitig aber auch Konfliktlinien zwischen den Zielen, etwa zwischen Klimaschutzmaßnahmen und Wirtschaftswachstum. Die Ziele sind **universell** und gelten für reiche Industriestaaten genauso wie für ärmere Länder des Globalen Südens. Jeder Staat hat eine Mitverantwortung beim Erreichen der Ziele. So ist auch Deutschland als vergleichsweise reiches Land beim Klimaschutz gefordert und muss die wachsende Armut und Ungleichheit im eigenen Land reduzieren.

Mit den 17 Zielen einigten sich die UN-Mitgliedstaaten einstimmig auf eine universelle, **positive Zukunftserzählung für die ganze Welt** – was bis heute einen Meilenstein des Multilateralismus darstellt. Als die Ziele am 1. Januar 2016 in Kraft traten, waren die Erwartungen für ihre Laufzeit von 15 Jahren entsprechend groß; schließlich sollen sie bis zum 31. Dezember 2030 umgesetzt sein. 2023 ist diese Laufzeit zur Hälfte vorüber. Doch die **Halbzeitbilanz** fällt durchwachsen aus.

In den ersten Jahren der Agenda machte die Welt insgesamt betrachtet einige **Fortschritte**. Zur Halbzeit lassen sich jedoch nur bei zwölf Prozent der Indikatoren, mit deren Hilfe der Fortschritt der Ziele gemessen wird, gute Werte feststellen. Darunter fallen beispielsweise der Zugang zum Mobilnetz und Internet, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie angemessener Wohnraum. Auch die Zahlen der Müttersterblichkeit ist deutlich zurückgegangen und im Bereich der Energieversorgung machten die meisten Länder Fortschritte. Demgegenüber steht jedoch eine überwältigende Mehrheit von Indikatoren, bei denen die Lage entweder stagniert oder sogar **Rückschritte** festzustellen sind. Vom Ziel 1 (Keine Armut) bis zu Ziel 17 (Globale Partnerschaften stärken) sind beinahe alle Ziele weit entfernt vom erforderlichen Stand, in einigen essentiellen Bereichen kam es zuletzt sogar zu Rückschritten. Wie konnte es dazu kommen?

Seit dem Jahr 2019 hat eine Gemengelage von internationalen Krisen, allen voran die **COVID-19-Pandemie**, die Bemühungen zum Erreichen der Ziele negativ beeinflusst. Die Pandemie hat nicht nur über 15 Millionen Menschenleben gekostet. Sie hat auch bereits existierende Ungleichheiten verschärft: Reiche Länder hatten nicht nur einen deutlich besseren Zugang zu Schutzimpfungen, sondern konnten sich auch schneller von den Folgen der Pandemie erholen. War die Zahl der Menschen, die in **extremer Armut** leben, über die vergangenen zwei Jahrzehnte noch kontinuierlich zurückgegangen, so hat sich diese positive Entwicklung durch die COVID-19-Pandemie ins Gegenteil verwandelt: Im Jahr 2020 stieg die Zahl der Menschen in Armut erstmals wieder auf mehr als neun Prozent der Weltbevölkerung, was rund 700 Millionen Menschen entspricht. Und auch der russische Angriffskrieg in der Ukraine sorgte für einen massiven Anstieg der Lebenshaltungskosten. Wenn die gegenwärtigen Trends anhalten, dann werden im Jahr 2030 laut jüngster Zahlen ungläubliche 575 Millionen Menschen in extremer Armut gefangen sein.

Parallel zur Pandemie fand das höchste Ausmaß an **bewaffneten Konflikten** auf zwischenstaatlicher Ebene seit dem Jahr 1945 statt. Ende 2020 lebten zwei Milliarden Menschen in Konfliktregionen. Im Jahr 2021 war die Zahl der geflüchteten und intern vertriebenen Personen mit 89 Millionen Menschen die höchste jemals.

Was sind die 17 Ziele? Seite 2

Messbarkeit Seite 3

Halbzeitbilanz Seite 4/5

Weniger Ungleichheiten Seite 6

Blick in die Zukunft Seite 7

Jugend und Engagement Seite 8

Auch bei den Zielen, die sich explizit der **Umwelt** widmen, sieht es nicht gut aus: Mit steigenden Treibhausgasemissionen vollzieht sich der **Klimawandel** schneller als erwartet. Die Treibhausgaskonzentrationen erreichten im Jahr 2020 einen neuen Höchststand. Der Sommer 2023 zeigte die höchsten jemals gemessenen Durchschnittstemperaturen. Extremwetterereignisse und weitere zerstörerische Folgen des Klimawandels treffen verstärkt diejenigen Länder, die den Klimawandel am wenigsten verursacht haben.

Als die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung im Jahr 2015 formuliert wurden, stellten sie einen dringenden **Aufruf zum Handeln** dar, um globale Probleme wie Armut, Ungleichheit und Umweltzerstörung zu bewältigen. Mit Blick auf die durchwachsene Halbzeitbilanz ist dieser Aufruf nun dringlicher denn je: Kein Land kann die Herausforderungen des Klimawandels, globaler Pandemien und grenzüberschreitender Kriege und Konflikte allein lösen. Auch jetzt könnten die Ziele noch erreicht werden, wenn der politische Wille da ist und ganzheitliche Strategien zur Umsetzung der Ziele konsequent verfolgt werden, schreiben führende Stimmen der Wissenschaft. Was müsste dafür geschehen? Dieser Frage widmet sich diese Ausgabe der Eine-Welt-Presse.

Besondere Ziele

Drei Fragen an Paula Caballero, die Initiatorin der Ziele für nachhaltige Entwicklung.

Was war revolutionär an den Zielen für nachhaltige Entwicklung?

Aus heutiger Sicht erscheinen die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) plausibel. Doch es war keineswegs unausweichlich, dass sie im Jahr 2015 verabschiedet wurden. Sie sind das Ergebnis eines harten Kampfes und Paradigmenwechsels. Vorher wurde Entwicklung vor allem als Problem der Entwicklungsländer gesehen. Die Verantwortung der Industrieländer bestand darin, Finanzmittel und technische Hilfe zur Verfügung zu stellen und die Entwicklungsländer anzuleiten, damit sie denselben Weg einschlagen könnten. Und dann wurde mit den SDGs dieses Paradigma auf den Kopf gestellt. Ausgerechnet wir Vertreterinnen und Vertreter aus Kolumbien, also eines Landes mit mittlerem Einkommen und vielen Problemen, sagten, dass wir eine universelle Agenda bräuchten. Dass Entwicklung ein Spektrum ist und sich alle Länder weltweit auf diesem Spektrum finden, mit ganz unterschiedlichen Problemen. Die dahinter liegende Überzeugung ist, dass wir nur so der Tatsache begegnen können, dass wir nicht nur eine globale Gemeinschaft in Bezug auf Handel, Investitionen und Finanzströme sind, sondern auch dasselbe Ökosystem und dieselbe Atmosphäre bewohnen. Um einen gerechten Umgang mit den globalen öffentlichen Gütern zu finden, war eine universelle Agenda erforderlich. Und das macht die Ziele so revolutionär: Zum ersten Mal wurde eine universelle Agenda in die Wege geleitet, die alle betrifft.

Paula Caballero

steht als Ideengeberin hinter den 17 Zielen der Vereinten Nationen, die sie im Jahr 2011 als Direktorin für wirtschaftliche, soziale und ökologische Angelegenheiten des kolumbianischen Auswärtigen Amtes initiierte. Sie war unter anderem für das Entwicklungsprogramm der UN (UNDP) und die Weltbank tätig. Heute ist Caballero Regionalgeschäftsführerin für Lateinamerika von The Nature Conservancy, einer weltweit tätigen Umweltschutzorganisation mit Sitz in Arlington, Virginia (USA).



Foto: The Nature Conservancy

Wie unterscheiden sich die SDGs von den vorhergehenden Millennium-Entwicklungszielen?

Die Millennium-Entwicklungsziele konzentrierten sich auf einige wenige soziale Fragen. Es ging um Hunger und Armut und um ein paar sehr spezifische Gesundheitsziele. Worum es nicht ging, das war die ganzheitliche Vision, was neben dieser sehr engen Definition alles Entwicklung ausmacht. Mit den SDGs jedoch haben wir als internationale Gemeinschaft zum ersten Mal erkannt, dass wir eine integrierte und umfassende Entwicklungsagenda brauchen, die auch die Infrastruktur in die Wege leitet, um diese Ziele umzusetzen.

Wie optimistisch sind Sie für die zweite Halbzeit?

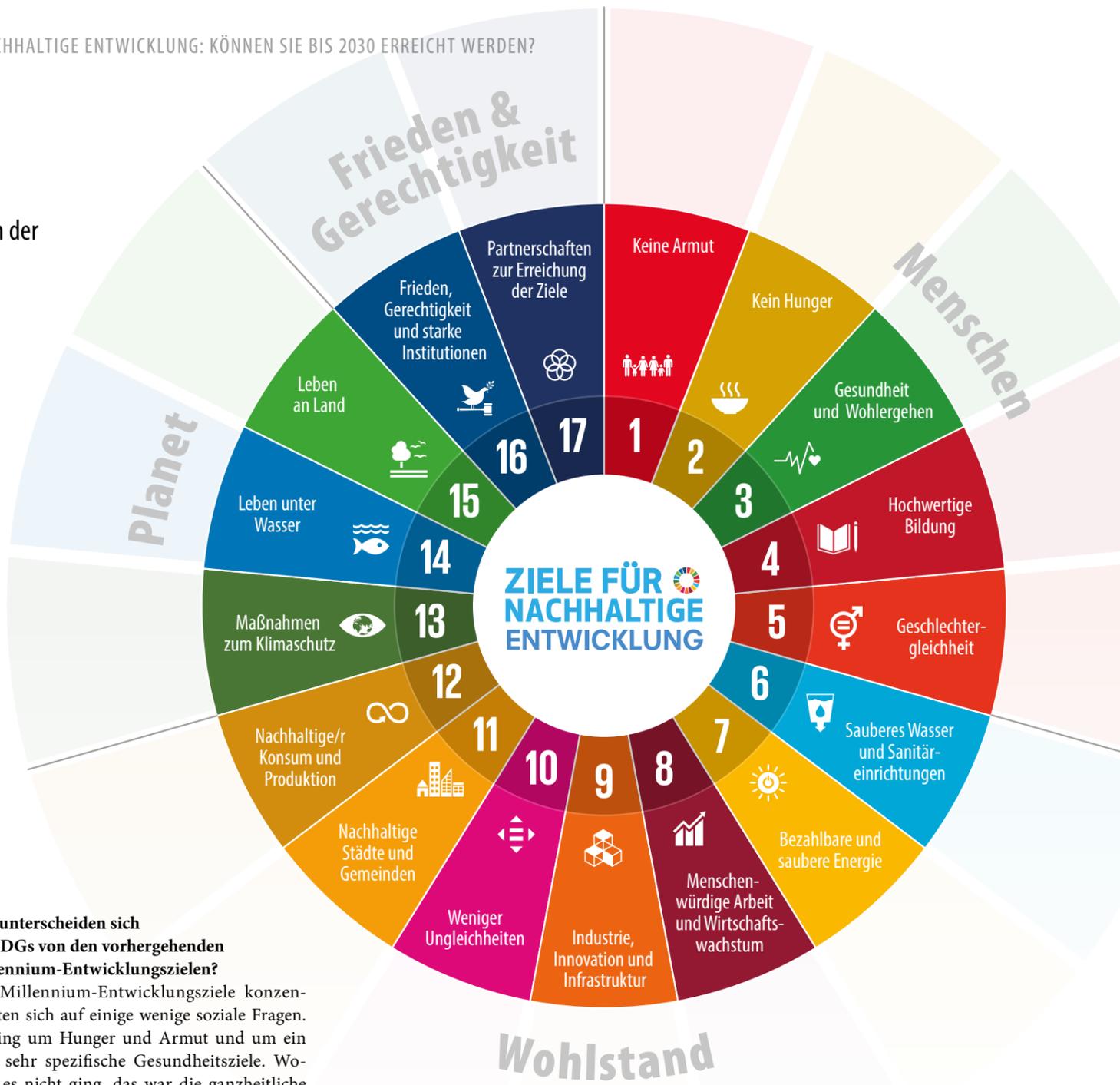
Wurden die Ziele in den vergangenen sieben Jahren wirklich von allen Ländern mit dem gleichen Ehrgeiz und dem gleichen Wunsch nach Veränderung umgesetzt? Die Antwort ist ganz eindeutig nein. Bisher wurde zwar viel umgesetzt und gemessen. Aber die integrierte Vision, die den Kern der Ziele ausmacht, wurde nicht umgesetzt. Von Anfang an müssen alle Bestrebungen miteinander verknüpft werden. Die Politik, Finanzinvestitionen und die

Märkte müssen so aufeinander abgestimmt werden, dass sie sich gegenseitig positiv verstärken. Die SDGs sind aus einem großen Kampf um einen Paradigmenwechsel entstanden. Sie können nur umgesetzt werden, wenn wir sie mit der gleichen Vision von Mut, Ehrgeiz und Entschlossenheit umsetzen und jeder Einzelne nach den Werten lebt. Meine Botschaft ist, dass genau jetzt der richtige Zeitpunkt ist, um bei uns selbst anzufangen. Wir sollten alle genau jetzt beginnen, unser eigenes Handeln zu hinterfragen, was jede und jeder von uns ändern kann.

Auszug aus Caballeros Rede bei der DGVN-Tagung ›Wie reißen wir das Ruder herum?‹ am 25.5.2023

Kurz und knapp:

- Alle 17 Ziele gehören zusammen.
- Die Agenda 2030 umfasst wirtschaftliche, soziale, ökologische Dimensionen sowie die Ziele Frieden und internationale Zusammenarbeit.
- Die Ziele gelten weltweit und für alle Staaten.
- Alle Länder sind Entwicklungsländer.



Rio-Konferenz: Bei der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro werden erstmals umwelt- und entwicklungspolitische Fragen zusammen diskutiert. Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung wird zum Leitbild einer internationalen Agenda für das 21. Jahrhundert.

Rio+20 Gipfel: Ein Rahmen der globalen Ziele nachhaltiger Entwicklung unter Weiterführung der Millennium-Entwicklungsziele wird entworfen.

Agenda 2030 tritt mit einer Laufzeit von 15 Jahren in Kraft.



Wie kann man die SDGs messen?

Wer Ziele hat, muss diese auch messen können. Doch wie genau geschieht das bei so weitreichenden und umfassenden Vorhaben wie den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs)?

VON TABEA WALTENBERG

In der Agenda 2030 ist festgelegt, dass alle 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (UN) »regelmäßige und alle Seiten einbeziehende Überprüfungen der Fortschritte auf nationaler und subnationaler Ebene« durchführen sollen. Das wird SDG-Monitoring genannt und ist das wichtigste Werkzeug, um dem Umsetzungsstand der 17 Ziele zu verfolgen.

Woran wird der Fortschritt gemessen?

Die UN haben sich auf 169 Unterziele und insgesamt 231 internationale Indikatoren geeinigt, die anzeigen, inwiefern die 17 Ziele erreicht werden. Dem Entwicklungsziel 1: Keine Armut sind beispielsweise sieben Unterziele und diesen wiederum 13 Indikatoren zugeordnet. Unterziel 1.1 will extreme Armut für alle Menschen überall auf der Welt bis zum Jahr 2030 beenden. Als extrem arm gilt ein Mensch, wenn er von unter 1,25 US-Dollar pro Tag leben muss. Der Indikator, mit dem der Fortschritt für dieses Unterziel gemessen wird, ist der Bevölkerungsanteil nach Geschlecht, Alter, Beschäftigungsstatus und geografischer Lage (Stadt/Land), der unter dieser international festgelegten Armutsgrenze lebt. Dieses offizielle globale Indikatoren-Rahmenwerk wird jährlich überarbeitet und von der UN-Statistikkommission überprüft.

Wie oft wird der aktuelle Stand überprüft?

Einmal im Jahr gibt der Weltbericht über nachhaltige Entwicklung einen Überblick über den globalen Umsetzungsstand und zeigt, in welchen Bereichen Fort- oder auch Rückschritte gemacht wurden und wo weiterer Handlungsbedarf besteht.

Gelten überall auf der Welt die gleichen Indikatoren?

Das globale Indikatoren-Rahmenwerk wird durch Indikatoren auf regionaler und nationaler Ebene ergänzt, die jeweils von den Mitgliedstaaten der UN entwickelt werden. Das ist wichtig, weil jedes Land unterschiedliche Ausgangslagen, Herausforderungen und Daten hat. Gleichzeitig gibt es dadurch viele verschiedene SDG-Monitorings, die sich auch hinsichtlich ihrer Qualität stark unterscheiden und teilweise schwer vergleichbar sind. Viele Länder haben die Agenda 2030 in nationale Nachhaltigkeitsstrategien überführt. Der Plan der Bundesregierung für die Umsetzung der Agenda 2030 und die Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland ist die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Diese wird regelmäßig unter Beteiligung von Zivilgesellschaft und Wissenschaft weiterentwickelt und umfasst 72 Indikatoren, deren Daten über das Statistische Bundesamt erhoben werden.

Was sind die größten Herausforderungen beim SDG-Monitoring?

Für manche der 17 Ziele fehlen von mehr als der Hälfte der 193 UN-Mitgliedstaaten international vergleichbare Daten. Eine weitere große Schwachstelle ist die Datenaktualität. Einige Indikatoren sind bisher sehr vage formuliert, nicht quantifiziert und spiegeln das Gesamtziel nur unzureichend wider. Trotzdem gab es in den letzten Jahren große Verbesserungen im allgemeinen Monitoring: Die

Datenmenge konnte deutlich gesteigert werden und die Indikatoren wurden vergleichbarer, genauer und damit auch nützlicher. Doch ein weiteres grundsätzliches Problem bei der Umsetzung der 17 Ziele sind sogenannte negative Spillover-Effekte.

Was sind negative Spillover-Effekte?

Während die Länder ihre eigenen Agenden für die Umsetzung der 17 Ziele im Inland verfolgen, hat ihr Handeln auch Auswirkungen auf das Ausland. Diese sogenannten Spillover-Effekte können positiv sein, sind in der Realität aber meist negativ. Sie zeigen sich in unerwünschten wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und sicherheitspolitischen Ausstrahlungseffekten, insbesondere von Industrieländern wie Deutschland auf andere Länder, und behindern die Bemühungen im Ausland, die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Konkrete Beispiele für negative Spillover-Effekte sind die Auslagerung emissionsintensiver Produktionsprozesse oder die Duldung schlechter Arbeitsstandards in internationalen Lieferketten.

Was müsste sich ändern, um negative Effekte zu reduzieren?

Generell muss das Bewusstsein für diese negativen Effekte verstärkt werden. Negative Folgen können sehr viel besser gesteuert und reduziert werden, wenn sie gemessen werden können. Genau dafür hat das Sustainable Development Solutions Network (SDSN) ab 2019 einen Spillover-Index und ein Länderranking entwickelt, das jährlich veröffentlicht wird. Im Spillover-Index werden verschiedene Arten von Spillover-Effekten gemessen: ökologische und soziale Effekte im internationalen Handel, aus Wirtschafts- und Finanzströmen resultierende Effekte, Effekte in der Friedenssicherung und Sicherheitspolitik und solche durch grenzüberschreitende Wasser- und Luftströme. Viele industrialisierte Länder des Globalen Nordens, auch Deutschland (Platz 149 von 166 in 2023), schneiden schlecht im Ranking ab, haben also große negative Effekte auf ihr Ausland.

Welche Kontrollmechanismen gibt es von Seiten der UN?

Das jährlich in New York stattfindende Hochrangige Politische Forum für nachhaltige Entwicklung (High-Level Political Forum, HLPF) ist die zentrale Plattform der UN für das globale Fortschritts-Monitoring der SDGs. In Vorbereitung darauf wird jährlich der SDG-Fortschrittsbericht des UN-Generalsekretärs veröffentlicht. Auf dem HLPF berichten die Mitgliedstaaten in Form von freiwilligen nationalen Staatenberichten über ihren Umsetzungsstand, werden über den der anderen Länder informiert und können andere Berichte kommentieren. Jedes Land ist angehalten, mindestens zwei solcher Berichte im Umsetzungszeitraum vorzulegen. Darüber hinaus ist der alle vier Jahre veröffentlichte Globale Nachhaltigkeitsbericht von einer unabhängigen Gruppe aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine zentrale Bestandsaufnahme der SDGs.

Tabea Waltenberg

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Sustainable Development Solutions Network (SDSN) Deutschland, Bonn.

1		1.1.1 Anteil der Bevölkerung, die unter der internationalen Armutsgrenze lebt, nach Geschlecht, Alter, Erwerbsstatus und geografischem Standort (städtisch/ ländlich)	→
2		2.2.1 Anzahl der Kinder unter 5 Jahren mit Wachstumshemmung gemäß des Standards der Weltgesundheitsorganisation	↘
3		3.3.3 Malaria-Inzidenz je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner	↘
4		4.1.2 Schulabschlussquote an Grundschulen sowie Sekundarstufe I und II	→
5		5.3.1 Anteil der Frauen im Alter von 20–24 Jahren, die vor dem vollendeten 15. bzw. 18. Lebensjahr verheiratet waren	→
6		6.1.1 Anteil der Bevölkerung, die eine sicher verwaltete Trinkwasserversorgung nutzt	→
7		7.1.1 Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu Elektrizität	→
8		8.5.2 Erwerbslosenquote, differenziert nach Geschlecht, Alter und Personen mit Behinderungen	↑
9		9.2.1 Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) und pro Kopf	↑
10		10.4.2 Umverteilende Wirkung der Fiskalpolitik	→
11		11.1.1 Anteil der städtischen Bevölkerung, die in Slums, informellen Siedlungen oder unzureichendem Wohnraum lebt	↘
12		12.c.1 Höhe der Subventionen für fossile Brennstoffe je BIP-Einheit (Produktion und Konsum)	→
13		13.2.2 Gesamte Treibhausgasemissionen pro Jahr	↘
14		14.4.1 Anteil der Fischbestände innerhalb biologisch nachhaltiger Grenzen	↘
15		15.5.1 Index der Roten Liste gefährdeter Arten der Weltnaturschutzunion	→
16		16.1.1 Anzahl der Opfer vorsätzlicher Tötung je 100 000 Einwohner/-innen, nach Geschlecht und Alter	↘
17		17.8.1 Anteil der Internetnutzerinnen und -nutzer	↑

Umsetzungsstand der Ziele für nachhaltige Entwicklung anhand ausgewählter Indikatoren (Stand 2023)

↘ sehr weit vom Ziel entfernt ↘ weit vom Ziel entfernt → mäßige Entfernung zum Ziel
↗ dicht am Ziel ↑ Ziel erreicht oder fast erreicht

Eine positive Zukunftserzählung für alle

Die Laufzeit der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) ist zur Hälfte vorüber. Wie ist der gegenwärtige Stand? Wo liegen die größten Herausforderungen? Und welchen Einfluss hat die Weltlage darauf? Eine Halbzeitbilanz im Gespräch mit Imme Scholz.

Frau Scholz, wo stehen wir zur Halbzeit der Agenda 2030?

Leider sieht es gar nicht gut aus. Die Mehrheit der Indikatoren, die man überhaupt international vergleichend messen kann, stagnieren oder verschlechtern sich sogar. Lediglich zwölf Prozent sind im grünen Bereich. Das heißt auch, dass die Ziele nicht bis 2030 erreicht werden, wenn wir nicht dramatisch gegensteuern.

Zunächst zum Positivem: Bei welchen Zielen läuft es gut?

Es gibt international leichte Verbesserungen bei der Müttersterblichkeit, beim Zugang zu Internet und Mobilfunk sowie in den Bereichen Abwasser, Stromversorgung und den Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Positiv ist außerdem, dass mehr Naturschutzgebiete ausgewiesen worden sind. Aber all das reicht leider bei Weitem nicht aus. Bei 30 Prozent der Indikatoren gibt es sogar Rückschritte.

In welchen Bereichen zeigen sich demnach die größten Schwierigkeiten?

Vor allem bei den Zielen 1 und 2, also Armut und Hunger, sieht es international gar nicht

gut aus; hier steigen die Zahlen der betroffenen Menschen wieder. Auch beim Thema Kindersterblichkeit, beim weltweiten Impfschutz und der Ermöglichung von Bildung gibt es Rückschritte. Die Mordrate hat im Schnitt zugenommen und das Wirtschaftswachstum abgenommen. Noch dazu zeigen die Indikatoren für den Artenschutz ein negatives Bild. Auch bei Ziel 13, dem Klimaschutz, sollten die Alarmglocken läuten: Derzeit sehen wir eine Verdopplung der Subventionen für fossile Energieträger, anstatt dass sie abgebaut werden, und die CO₂-Emissionen nehmen ebenfalls weiterhin zu.

Was ist mit den übrigen Indikatoren, die sich im Mittelfeld bewegen? Ist in diesen Bereichen alles einigermaßen in Ordnung?

Nein, der Schein trügt. Auch die 58 Prozent der Indikatoren, die quasi im gelben Bereich sind, bieten keinen Grund zur Hoffnung: Sie zeigen an, dass es zwar graduelle Verbesserungen gibt, aber dass es bei diesen Zielen nicht schnell genug voran geht. Das bedeutet, dass sie bis zum Jahr 2030 verfehlt würden, wenn es in gleichbleibender Geschwindigkeit weitergeht.

Sie waren als Ko-Vorsitzende einer unabhängigen internationalen Wissenschaftlergruppe am zweiten Bericht zur Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung beteiligt, der im September 2023 veröffentlicht wurde. Waren Sie überrascht davon, dass 87 Prozent der Indikatoren im gelben oder roten Bereich sind?

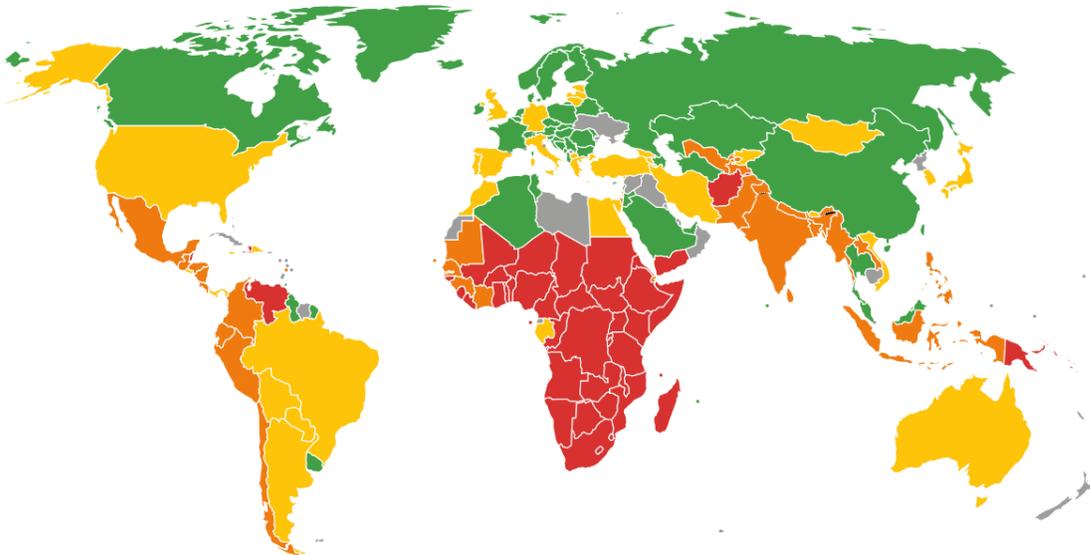
Es hatte sich schon angekündigt. Die Coronapandemie hat zu einer großen Rezession geführt und die Armut erhöht; unter den Folgen leiden viele Länder bis heute. Hinzu kommen die Auswirkungen von Kriegen und langanhaltenden Konflikten. Insbesondere der Krieg in der Ukraine beansprucht zu Recht hohe finanzielle Mittel und politische Aufmerksamkeit. Die Kombination dieser Faktoren erklären einige der Rückschritte. So hinken wir nun auch bei der Bewältigung der Klimakrise, dem Umbau der Energiesysteme und anderen Bereichen der Umweltpolitik hinterher. Viele ärmere Länder mussten sich enorm am Markt verschulden, um die vielen Menschen ohne Einkommen zu unterstützen. Wegen der hohen Zinslast stehen nun viele kurz vor dem Bankrott. Die weltweiten durchschnittlichen

Einkommen und das Wirtschaftswachstum haben laut Daten der Weltbank abgenommen, die Zahl der Menschen in extremer Armut ist nach ihren Schätzungen um bis zu 95 Millionen angestiegen. Durch die Pandemie fand vielerorts über lange Zeit kein regelmäßiger Schulunterricht statt. Die Auswirkungen, gerade auf Kinder im Grundschulalter, sind verheerend. Auch bei uns ist das so, wenn wir uns den derzeitigen Stand der Les-, Rechen- und Schreibfähigkeit anschauen.

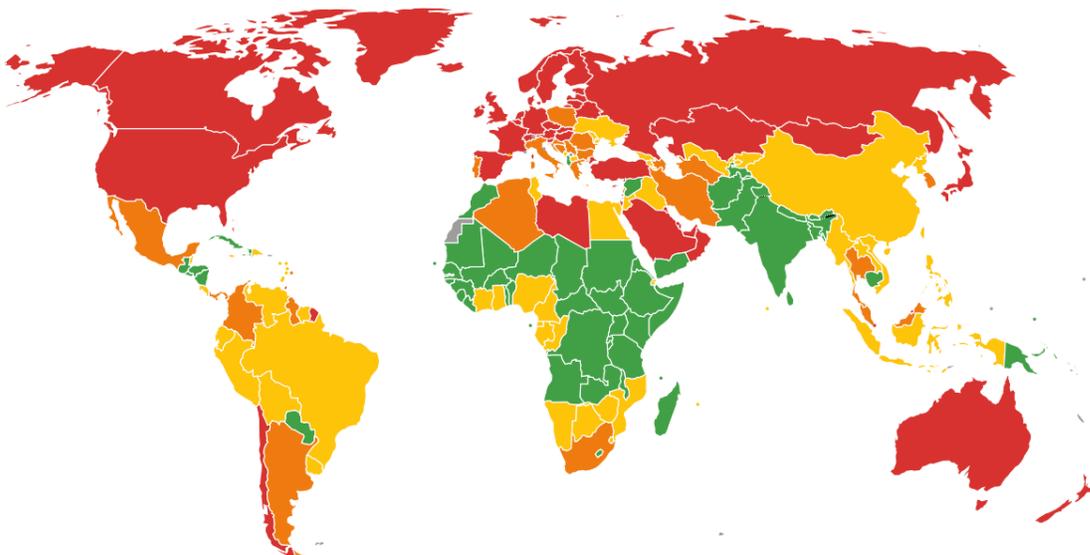
In welchen Bereichen zeigt sich der Einfluss des russischen Angriffskriegs in der Ukraine?

Nicht nur dieser Krieg, auch andere Krisen und kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit verhindern, dass die Ziele erreicht werden können. Der russische Angriffskrieg hat die Lebenshaltungskosten in vielen Teilen der Welt stark beeinflusst, vor allem mit Blick auf die Energiepreise, die Nahrungsmittelpreise, den Getreidehandel und die Kosten für Düngemittel. Eine weitere drastische Folge sieht man in den massiven Schwierigkeiten, die die internationale Gemeinschaft nun hat, um sich

Tendenz beim Erreichen von Ziel 1: Keine Armut



Tendenz beim Erreichen von Ziel 13: Maßnahmen zum Klimaschutz



■ Ziel erreicht ■ einige bleibende Herausforderungen ■ erhebliche Herausforderungen
■ grundsätzliche Herausforderungen zum Erreichen des Ziels bestehen ■ keine verfügbaren Daten

Die Weltkarten zeigen die gegenwärtigen Trends beim Erreichen des Ziels »Keine Armut« und des Ziels »Maßnahmen zum Klimaschutz«. Wie die gegensätzliche Verteilung zeigt, haben Länder des Globalen Nordens im Bereich Klimaschutz großen Handlungsbedarf, während es bei Ländern des Globalen Südens die Armutbekämpfung ist.
Quelle: Dashboard des Sustainable Development Reports 2023 (dashboards.sdindex.org/map/)

Im Vergleich zu Ländern ohne Quote ist der **Frauenanteil in Parlamenten** in Ländern mit gesetzlich festgelegten Geschlechterquoten **9,7 % höher** (2022).



21,2%
in Ländern ohne Quoten





30,9%
in Ländern mit Quoten

1 von 4 jungen Menschen ist nicht in **Beschäftigung oder Ausbildung**. Bei jungen Frauen ist die Wahrscheinlichkeit doppelt so hoch wie bei jungen Männern.




1 von 3 Menschen weltweit leidet unter mäßiger bis schwerer **Ernährungsunsicherheit**.



In 47 Ländern wurde mindestens eine vernachlässigte **Tropenkrankheit ausgerottet**.




1 von 5 Fischen stammt aus illegalem, nicht gemeldetem und **unreguliertem Fischfang**.



Aufgrund des Krieges in der Ukraine stieg die Zahl **ziviler Todesopfer bei Konflikten** im Jahr 2022 um mehr als **50 %**.




überhaupt noch auf gemeinsame Aktivitäten zu einigen. Russlands Blockade des Sicherheitsrats ist da nur ein Beispiel.

Aber auch lang anhaltende Bürgerkriege sind mit enormen Kosten verbunden. Wir zeigen im Bericht eine Modellierung, die konkret berechnet, wie der Krieg im Jemen dafür sorgt, dass dort die Ziele massiv verfehlt werden. Mit jedem Jahr, den der Krieg andauert, entfernt sich das Land immer weiter von der Null-Linie der SDGs, steht also immer schlechter da.

Ist es überhaupt noch möglich, die Ziele bis 2030 zu erreichen?

Letzten Endes ist die Agenda 2030 eine politische Zukunftserzählung, auf die wir hinarbeiten. Dass wir nun nicht genug auf Kurs sind, heißt ja nicht, dass die Ziele nicht nach wie vor erreicht werden sollten. Alle Ziele zusammen sollen eine bessere Welt gestalten, in der soziale, ökologische und wirtschaftliche Aspekte gleichermaßen in den Blick genommen werden. Das ist insgesamt anspruchsvoll. Es ist wichtig, weiterhin Unterstützung dafür zu mobilisieren, dass dieses positive Zukunftsbild Realität werden kann. Dafür braucht es politischen Willen und Überzeugungskraft und eben auch die Bereitschaft, finanziell mehr zu tun. Ich bin trotz allem der Meinung, dass es wenig bringt, immer nur auf die Krisen und negativen Entwicklungen zu blicken. Es geht darum, aus den derzeitigen Zahlen die

richtigen Schlüsse zu ziehen und die internationalen Handlungsmöglichkeiten, die wir haben, positiv zu nutzen.

Was müsste Ihrer Ansicht nach am dringendsten geschehen, um weltweit wieder auf Kurs zu kommen?

Unser wichtigster Vorschlag sind systemische Interventionen. Also Maßnahmen, die mehrere Ziele gleichzeitig befördern. Wenn wir weiterhin nur einzelne Ziele mit einer Politik der kleinen Schritte verfolgen, werden die SDGs selbst bis zum Jahr 2050 nicht erreicht sein. Aber mit wirklich ambitionierten Maßnahmen könnten wir den Zielen auch jetzt noch bis 2030 sehr viel näherkommen. Ein Beispiel sind die Subventionen für fossile Energieträger. Die müssten dringend abgebaut werden, schließlich fördern sie eine Energieproduktion, die den 17 Zielen entgegenarbeitet. Würden diese Subventionen wegfallen, könnten die frei gewordenen öffentlichen Mittel in alternative, nachhaltige Infrastrukturen investiert werden. Die gleiche Logik sehe ich bei CO₂-Abgaben. Gäbe es angemessen hohe CO₂-Preise, dann würde dies Einnahmen generieren, die für die Energiewende genutzt werden können. Gibt man einen Teil dieser Mittel an Niedrigeinkommensländer weiter, durch einen globalen Transfermechanismus, könnten dort soziale Sicherungssysteme, Gesundheitsversorgung und Bildung finanziert werden. Das hätte wiederum positive Auswirkungen auf die Armutsbekämpfung.

Welche weiteren Maßnahmen empfehlen Sie in dem Bericht zur Umsetzung der Ziele?

Wegen der hohen Verschuldung von vielen Ländern des Globalen Südens wäre ein Schuldenerlass dringend nötig. Viele Länder mussten sich verschulden, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie abzufedern. Europa hat das zwar auch gemacht, aber zu erheblich besseren finanziellen Bedingungen am Markt. Und jetzt haben wir 60 hoch verschuldete Länder, denen das Wasser bis zum Hals steht. Ich denke, ein Schuldenerlass ist die einzige Möglichkeit, damit in diesen Ländern überhaupt über Transformation nachgedacht werden kann. Länder mit mittlerem Einkommen brauchen zumindest eine Schuldenumstrukturierung.

Eine weitere Maßnahme, die wir im Bericht hervorgehoben haben, ist ganz grundsätzlich, die Rechte von Frauen zu stärken. Wenn Frauen ökonomisch und rechtlich gestärkt sind, dann wirkt sich das positiv auf viele Ziele aus, das belegen mehrere Studien. Denn die rechtliche Gleichstellung von Frauen würde nicht nur bedeuten, dass gegen geschlechtsbasierte Gewalt vorgegangen wird. Es heißt vor allem auch, dass sie Zugang zum Bildungs- und Arbeitsmarkt haben. Wenn sie selbstbestimmt ein Einkommen generieren können, dann entscheiden sich Frauen in der Regel dafür, ihre Kinder zu fördern, also in die Zukunft zu investieren. Das hat massive positive Auswirkungen auf die Gesellschaften.

Gleichzeitig braucht es dringend langfristig angelegte Strategien, die auf die positiven Wechselwirkungen zwischen Politikfeldern setzen, um voran zu kommen. Strategien, die nicht nur die Perspektive einer vierjährigen Legislaturperiode im Blick haben. Wir brauchen offensive Kooperation zwischen Ministerien. Die Krisen unserer Gegenwart haben vielfältige Ursachen, darum müssen wir für deren Lösung klimapolitische, wirtschaftspolitische und arbeitsmarktpolitische Argumente zusammendenken.

Das klingt sehr ambitioniert ...

Ja, das ist sehr ambitioniert. Aber ich finde, es ist eine positive Lesart, sich auf die konstruktiven Aufgaben zu konzentrieren, die sich aus der eher düster aussehenden Halbzeitbilanz ergeben.

Das Interview führte Gundula Haage

Dr. Imme Scholz

ist seit 2022 Ko-Vorständin der Heinrich-Böll-Stiftung und war von 2019 bis 2023 Ko-Vorsitzende der unabhängigen Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die von den UN beauftragt sind, den zweiten Bericht zur Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung vorzulegen.



Foto: Heinrich-Böll-Stiftung / Stephan Röhl

146 von 200
Ländern oder Gebieten sind auf Kurs, die Vorgabe zur Sterblichkeitsrate bei Unter-5-Jährigen zu erreichen oder erreichten sie bereits.



95 % der Menschen weltweit hat Zugang zu mobilen Breitbandnetzen (3G oder höher). In Afrika südlich der Sahara beträgt die Abdeckung nur 82 % und in Ozeanien nur 68 % (2022).



Nach aktuellen Trends wird nur **1 Drittel der Länder** ihre nationale Armutsquote bis 2030 halbiert haben.



37 der 69 ärmsten Länder der Welt waren im November 2022 stark überschuldungsgefährdet oder bereits überschuldet.



Wirksame HIV-Behandlungen senkten die aidsbedingten Todesfälle seit 2010 weltweit um **52 %**.



Die Treibhausgasemission muss bis **2030 um 43 %** reduziert werden und auf Netto-Null bis 2050.



675 Mio. Menschen leben weiterhin im Dunkeln. 4 von 5 von ihnen leben in Afrika südlich der Sahara (2021).



575 Mio. Menschen werden voraussichtlich bis 2030 weiterhin in extremer Armut leben.



Die Erdtemperatur wird bis 2035 um über 1,5° C steigen und bis 2100 um **2,5° C**.



In Hoheinkommensländern ist der **Material-Fußabdruck pro Kopf 10-mal größer** als in Niedrigeinkommensländern (2019).



Die Welt erlebt derzeit das **größte Artensterben** seit dem Zeitalter der Dinosaurier.



Quellen: Ziele für nachhaltige Entwicklung 2023 – Sonderausgabe des Berichts
* <https://de.statista.com/infografik/17900/weltweit-bedrohte-tier-und-pflanzenarten/>

Ungleiches Land

In Deutschland wächst der Abstand zwischen Arm und Reich, statt zu schwinden. Wie Ungleichheit gemessen wird – und warum diejenigen, die besonders viel haben, kaum in den Blick genommen werden: Eine Bilanz von Ziel 10. **VON ELLEN EHMKE**

Die erklärte Absicht von Ziel 10 der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) ist es, Ungleichheit innerhalb und zwischen Ländern zu reduzieren. Denn wo die Ungleichheit hoch ist, sinkt die soziale Durchlässigkeit und das Vertrauen in die Fairness von Institutionen. Die Gefahr für Polarisierung und soziale Spannungen steigt. Außerdem ist es in einer ungleichen Gesellschaft sehr viel schwieriger, andere gesellschaftliche und ökologische Herausforderungen erfolgreich zu bekämpfen.

Doch blickt man auf die deutsche Halbzeitbilanz der Agenda 2030, dann sind die Daten bei Ziel 10 ernüchternd: Es zeigen sich Rückschritte statt Fortschritte. Die deutsche Gesellschaft wurde in den vergangenen Jahren noch etwas ungleicher.

Der erste und zentrale Indikator für Ziel 10 misst die Einkommensungleichheit (10.1.1). Die Daten des Statistischen Bundesamts zeigen, dass im Jahr 2022 die Einkommen der 40 Prozent mit den niedrigsten Einkommen stärker wuchsen als alle Einkommen zusammengenommen. Allerdings lagen davor mehrere Jahre, in denen die Wachstumsraten für ärmere Haushalte deutlich niedriger waren, so dass man nicht von einer langfristigen positiven Entwicklung sprechen kann. Außerdem zeigen aktuelle Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, dass niedrige Löhne im Jahr 2023 weniger stark gewachsen sind als andere Lohngruppen.

Frauen, Alte und Menschen mit Behinderung besonders benachteiligt

Indikator 10.2.1 betrachtet, wie sich bestimmte Merkmale darauf auswirken, ob Menschen weniger als das Medianeinkommen verdienen. Für Menschen über 65 und unter 18 sowie Frauen ist dies der Fall und insbesondere unter älteren Menschen gibt es einen starken Anstieg. Auch Menschen mit Behinderung tragen ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko (19,6 Prozent, gegenüber 13,6 Prozent für Menschen ohne Behinderung im Jahr 2018). Mit Blick auf diese sogenannten horizontalen Ungleichheiten – also zwischen Gruppen mit bestimmten

Merkmale – gibt es somit keinen Grund zu feiern. Hinzu kommt, dass sehr viele Menschen gleich mehrere Merkmale auf sich vereinen, anhand derer sie benachteiligt werden. Daten für diese intersektionalen Ungleichheiten sucht man vergeblich.

Einen positiven Trend – also einen Rückgang der Ungleichheit – gibt es bei der wahrgenommenen Diskriminierung durch öffentliche Stellen (Indikator 10.3.1). Zudem ist der Anteil von Löhnen am Brutto-Inlands-Produkt (Indikator 10.4.1) leicht gewachsen. Und auch jener Indikator (10.4.2), der misst, wie stark staatliche Interventionen – durch Steuern und Sozialleistungen – Einkommensungleichheit senken, sah über viele Jahre gut aus, bis er im Jahr 2022 einbrach.

Globales Einkommensgefälle

Der deutsche Negativtrend in Sachen Ungleichheit passt zum internationalen Bild: Die Vereinten Nationen stellen fest, dass das Einkommensgefälle zwischen Ländern in den Jahren der COVID-19-Pandemie zum ersten Mal seit drei Jahrzehnten gestiegen ist. Solche Unterschiede in den Einkommenschancen zwischen Ländern waren und sind ein großer Anreiz für Migrationsbewegungen. Um die zunehmende Ungleichheit zwischen Staaten messen zu können, nimmt ein Indikator daher die Zahl der Menschen in den Blick, die auf Migrationsrouten sterben. Ein weiterer Anhaltspunkt sind Gesetzgebungen von Staaten, die sichere Einwanderungsmöglichkeiten bieten.

Die offiziellen Statistiken weisen somit bereits auf einige Felder hin, in denen auch in Deutschland mehr getan werden müsste, um Ungleichheit zu reduzieren. Das Thema steht jedoch in der Bundesregierung bisher nicht an erster Stelle. Von allen Ministerien hat derzeit allein das Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit ein Positionspaper zum Thema Ungleichheit vorgelegt. Das ist begrüßenswert mit Blick auf globale Ungleichheiten. Doch der großen innenpolitischen Relevanz, die auch in der Bedeutung von Ungleichheit als Nährboden für die Unterstützung von populistischen Parteien liegt, wird dies nicht gerecht.

Darüber hinaus bestehen trotz der Vielzahl der Indikatoren weiterhin Lücken in dem was gemessen wird – und wo man entsprechend auch mit politischen Maßnahmen ansetzen könnte. Denn Ungleichheit nimmt konzeptionell, anders als Armut, nicht nur Mangel in den Blick, sondern auch Überfluss. In der Konsequenz bedeutet dies, dass nicht allein auf die durch Hunger und Armut geschaffenen Probleme geschaut werden müsste, sondern auch auf die Folgen von extremem Reichtum.

Größte Lücke zwischen Spitzenverdienern und dem Rest

In den Indikatoren von Ziel 10 spiegelt sich der Faktor Überfluss bisher jedoch nicht wider. Mehr noch, die Indikatoren schauen auf die am stärksten Benachteiligten der Gesellschaft im Verhältnis zur Mitte, obwohl die größte Lücke zwischen den Allerreichsten und dem Rest besteht. Von den globalen Einkommenszuwächsen zwischen 1980 und 2020 ist laut der World Inequality Database mehr als doppelt so viel an die globalen Spitzenverdiener (das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung) gegangen, als an die gesamte ärmere Hälfte. Auch in Deutschland ist in diesem Zeitraum der Anteil der Spitzeneinkommen am Gesamteinkommen gestiegen und der von Geringverdienerinnen und -verdienern gesunken. Noch ungleicher verteilt und noch ausgeprägter ist diese Entwicklung für Vermögen, die jedoch in keinem Indikator vorkommen. Gleichzeitig ist mittlerweile sehr gut dokumentiert, dass reiche Haushalte für den CO₂-Ausstoß und damit für einen zentralen Treiber der Erderwärmung, besonders große Verantwortung tragen.

Zur Halbzeit der Ziele für nachhaltige Entwicklung gibt es daher aus Zivilgesellschaft und (Wirtschafts-)Wissenschaft Forderungen, das Mandat von Ziel 10 deutlich auszuweiten. Neue vorgeschlagene Indikatoren sollten auch die Spitzeneinkommen und Vermögen erfassen. Für eine Reduzierung von Ungleichheit ist es letztlich nicht nur entscheidend, dass niemand zurückgelassen wird, sondern auch, dass niemand den anderen davonläuft.



Quelle: <https://www.bmz.de/de/agenda-2030/sdg-10>

Dr. Ellen Ehmke

ist Senior Expertin im Team Ungleichheit der Robert Bosch Stiftung, Berlin.

Blick nach Brasilien: Fortschritte bei Ziel 6

Der Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen konnte in Brasilien in den vergangenen Jahren deutlich verbessert werden. **VON GUNDULA HAAGE**

Das größte Land Lateinamerikas wurde von der COVID-19-Pandemie schwer getroffen. Im Zuge der Pandemie war die dringende Empfehlung, sich die Hände mit Wasser und Seife zu waschen, allgegenwärtig. Damit rückte Ziel 6 in die Aufmerksamkeit: der Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen. Gerade bei diesem Ziel konnte Brasilien zur Halbzeit der Agenda 2030 deutliche Fortschritte verzeichnen.

Über 99 Prozent der brasilianischen Bevölkerung haben demnach Zugang zu sauberem Trinkwasser (Unterziel 6.1). Die Wasserqualität hat sich verbessert (6.3), die Wasserressourcen wurden effizienter und nachhaltiger genutzt (6.4) und Abwasser entsprechend der gesetzten Ziele aufbereitet (6.5). Die Süßwasserentnahme für Land- und Forstwirtschaft sowie für die Industrie passt zu den bestehenden Ressourcen des Landes. 91 Prozent der brasilianischen Bevölkerung können eine sanitäre Grundversorgung in Anspruch nehmen. Beinahe alle diese Werte entsprechen dem geforderten Stand für das sechste der 17 Ziele für nachhaltige

Entwicklung. Herausforderungen bleiben bei der nachhaltigen Bewirtschaftung und dem Schutz von aquatischen Ökosystemen.

Die Fortschritte, die Brasilien in den vergangenen Jahren bei Ziel 6 machte, waren der Anlass für eine Auszeichnung von UN-Water Anfang des Jahres 2023. Demnach sind die guten Werte das Ergebnis von erfolgreichen Maßnahmen, die Brasilien ergriffen hat. Darunter fällt beispielsweise ein umfangreicher Bericht über die gesamten brasilianischen Wasserressourcen aus dem Jahr 2021, ein Wasserressourcenplan, der konkrete Schutz- und Analysemaßnahmen bis zum Jahr 2024 enthält, sowie Verfahren, um diese zu überprüfen. Laut Angaben der Wasser- und Sanitärbehörde Brasiliens wurden alle von Seiten der UN geforderten Indikatoren für Ziel 6 in Brasilien gemessen und ausgewertet.

Neben Ziel 6 konnten auch bei den Zielen 1, 7 und 13 grüne Zahlen erreicht werden. Insgesamt liegt Brasilien mit einem SDG-Score von 73,7 weltweit auf Platz 50. Und die gegenwärtige politische Lage gibt Grund zur Hoffnung

für weitere Verbesserungen: Die im Jahr 2023 gewählte Regierung unter Präsident Lula da Silva zeigt eine weitaus ehrgeizigere Position in Bezug auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung als ihre Vorgängerregierung unter Bolsonaro. Ab dem Jahr 2024 wird Brasilien die G20-Präsidentschaft innehaben sowie im November 2025 die 30. Weltklimakonferenz in Belém austragen – damit hat das Land in den kommenden beiden Jahren eine wichtige Rolle und kann kollektives globales Handeln für die Agenda 2030 inspirieren.



(K)ein Licht am Ende des Tunnels?

Die erste Halbzeit der Agenda 2030 ist vorbei. Wie geht es jetzt weiter? Ausblicke auf die nächsten sieben Jahre. **VON EILEEN ROTH UND JUDITH HERMANN**



UN-Generalsekretär António Guterres forderte beim SDG-Gipfel einen »Rettungsplan für die 17 Ziele«. (UN Photo/Cia Pak)

Am 18. und 19. September 2023 kamen die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zum SDG-Gipfel in New York zusammen, um zur Halbzeit der Agenda 2030 Bilanz zu ziehen. Eine düstere Bilanz, denn nach den aktuellen Berechnungen des Weltberichts über nachhaltige Entwicklung, der eigens zum Gipfel angefertigt wurde, wird die Weltgemeinschaft bei gleichbleibendem Tempo die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) nicht einmal zum Jahr 2050 erreicht haben.

UN-Generalsekretär António Guterres forderte die Staaten daher beim Gipfel auf, einen »Rettungsplan für die SDGs« zu verabschieden und sich auf konkrete Maßnahmen für die zweite Halbzeit der Agenda 2030 zu einigen. Das offizielle Ergebnis des Gipfels – die politische Erklärung – wird dem allerdings kaum gerecht. Sie enthält viele Versprechungen, jedoch kaum konkrete Maßnahmen.

Angesichts des erschreckenden Umsetzungsstandes zur Halbzeit kommt nun vermehrt die Frage nach dem Sinn der Agenda 2030 auf. Kritische Stimmen fragen, ob die Agenda 2030

überhaupt noch verfolgt werden sollte oder ob die Staaten nicht schon über die Verhandlung einer Nachfolge-Agenda nachdenken sollten, wenn die Ziele der Agenda 2030 doch ohnehin nicht mehr erreicht werden könnten.

Zu ehrgeizige Ziele oder Agenda mit Potenzial?

Wird die eigentlich so ehrgeizige Agenda 2030 nur eine weitere unerreichte UN-Agenda, so wie es beispielsweise bei den Millennium-Entwicklungszielen (Millennium Development Goals, MDGs) der Fall war, die bis 2015 erreicht werden sollten? Aus Sicht vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen gibt es einige Gründe, um trotz der schlechten Bilanz weiterhin an der Agenda 2030 und den Zielen für nachhaltige Entwicklung festzuhalten.

Die Agenda 2030 ist das ambitionierteste und umfassendste Abkommen zu Umwelt- und Entwicklungsfragen, auf das sich die Staatengemeinschaft je geeinigt hat und schon allein deshalb von ungeheurem Wert. Angesichts der derzeitigen geopolitischen Spannungen würde eine Nachfolge-Agenda (sollte man sich denn

überhaupt auf eine solche einigen können) mit großer Sicherheit nicht annähernd so ehrgeizig ausfallen. Mit realistischeren beziehungsweise leichter erreichbaren Zielen hätte man im Endeffekt aber nichts gewonnen.

Dass beim diesjährigen SDG-Gipfel überhaupt eine politische Erklärung verabschiedet werden konnte (wenn auch mit Vorbehalten einiger Staaten) und dies in Teilen als Erfolg gefeiert wurde, verdeutlicht das Problem, aber auch das Potenzial der Agenda 2030. Unabhängig von ihrem Umsetzungsstand ist und bleibt die Agenda 2030 ein wichtiger Referenzrahmen, zu dem sich die Staats- und Regierungschefs der 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zur Halbzeit erneut bekannt haben.

Sie bietet damit nicht nur den Staatenvertreterinnen und -vertretern eine wichtige Gesprächsgrundlage für das gemeinsame Erreichen von Zielen, sondern stellt auch für zivilgesellschaftliche Akteure einen wichtigen Bezugspunkt dar. Als Regierungsagenda mit klar festgesetzten Zielen bietet sie diesen einen Referenzrahmen, um Handlungen und Umsetzung einzufordern.

Das große Potenzial der Agenda 2030 ist klar ersichtlich. Worauf könnte oder sollte nun in den kommenden sieben Jahren der Fokus gelegt werden? Klar ist: Den Ehrgeiz, den die Staaten bei der Verhandlung der Ziele im Jahr 2015 an den Tag gelegt haben, müssten sie nun auch bei der Umsetzung zeigen, vor allem bei der Bereitstellung der Mittel. Ehrgeizige Ziele erfordern ehrgeizige Mittel. Das ist bisher nicht ausreichend der Fall.

Schuldenschnitte, eine Reform der internationalen Finanzarchitektur, mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe und 100 Milliarden US-Dollar jährlich fürs Klima wären ein Anfang. Darüber hinaus könnten eine stärkere Einbindung der Parlamente sowie die gesetzliche

Verankerung der Agenda 2030 in der zweiten Halbzeit zu mehr Verbindlichkeit bei der Umsetzung führen.

Großes Potenzial schlummert auch auf lokaler Ebene. Viele zivilgesellschaftliche Initiativen und lokale Gemeinschaften treiben die Umsetzung der Agenda 2030 auf lokaler Ebene voran.

Darüber hinaus haben mittlerweile zahlreiche Städte und Kommunen in Anlehnung an die Agenda 2030 eigene Nachhaltigkeitsstrategien aufgesetzt und berichten über deren Umsetzung mit Lokalberichten, sogenannten Voluntary Local Reviews – als Pendant zu den Staatenberichten (Voluntary National Reviews) beim Hochrangigen Politischen Forum (High-Level Political Forum, HLPF) in New York.

Wie geht es nun weiter?

Mit dem im September 2021 vorgelegten Bericht »Unsere gemeinsame Agenda« hat UN-Generalsekretär Guterres einige konkrete Reformvorschläge gemacht, die nicht nur den Multilateralismus und die Vereinten Nationen stärken sollen, sondern auch ein »Booster-Shot« für die Umsetzung der Ziele sein können. Mit dem Zukunftsgipfel, dem »Summit for the Future«, dessen Verhandlungsführer Deutschland und Namibia sind, steht im Jahr 2024 ein weiterer wichtiger UN-Gipfel für die SDGs bevor. Genau dort müssen sich die Staaten dann darüber unterhalten, wie und mit welchen Mitteln die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung gestärkt werden kann. Dass Deutschland bei diesem Gipfel Verhandlungsführer sein wird, könnte auch für die deutsche Zivilgesellschaft die Möglichkeit bieten, verstärkt Einfluss zu nehmen.

Eileen Roth und Judith Hermann

sind Referentinnen für Nachhaltigkeitspolitik am Forum Umwelt und Entwicklung, Berlin.



UN Photo/Paulo Filgueiras

»Es macht einen Unterschied, wenn eine junge Frau wie ich ein Statement hält«

Franka Bernreiter war als Jugenddelegierte für nachhaltige Entwicklung im September 2023 beim SDG-Gipfel der Vereinten Nationen. Ein Gespräch über Jugendengagement und ihre Eindrücke aus New York.

Franka Bernreiter, was genau macht eine Jugenddelegierte für nachhaltige Entwicklung bei den Vereinten Nationen?

Ich vertrete Kinder und Jugendliche aus Deutschland bei den Konferenzen der Vereinten Nationen. Mit meinem Mitdelegierten Fidelis Stehle war ich zum Beispiel in diesem Jahr beim Hocharrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung (High-Level Political Forum on Sustainable Development, HLPF) und im September beim SDG-Gipfel in New York. Beim HLPF durfte ich sogar eine Rede für Deutschland übernehmen und habe über Ziel 11, also über nachhaltige Stadtentwicklung gesprochen. Das war das erste Mal, dass Deutschland einen Redeplatz an eine Jugenddelegierte abgegeben hat. Meine Hoffnung ist, dass das jetzt öfter passiert.

Warum ist es deiner Meinung nach so wichtig, dass junge Menschen bei UN-Konferenzen zu Wort kommen?

Weil unsere Perspektiven Gehör finden müssen, schließlich geht es um unsere Zukunft! Es macht einen Unterschied, wenn eine junge Frau wie ich ein Statement bei einem Gipfel hält, weil so auch Klischees über junge Menschen abgebaut werden können. Durch die vielen Gespräche mit anderen jungen Menschen habe ich den Eindruck, dass wir Jüngeren noch stärker den Druck verspüren, dass die Transformation zu mehr Nachhaltigkeit jetzt mal wirklich beginnen muss. Die Zeit läuft uns davon. Viele in meiner Generation sind sehr frustriert, dass der politische Wille für wirkliche Veränderung oft fehlt. Und ich glaube, diese Dringlichkeit können junge Menschen gut in UN-Konferenzen einbringen.

Was nimmst du persönlich vom SDG-Gipfel mit?

Für mich war der Gipfel eine ganz besondere Erfahrung. Es wurde sehr deutlich, wie ernst die Lage ist und dass nicht so weitergemacht

werden kann wie bisher – immerhin sind jetzt zur Halbzeit deutlich über 80 Prozent der 17 Ziele nicht on track, teilweise sind sie sogar rückläufig. Das ist schockierend. Darauf wurde zwar auch reagiert, zum Beispiel hat Ursula von der Leyen als Präsidentin der Europäischen Kommission den SDG-Stimulus von UN-Generalsekretär António Guterres sehr deutlich begrüßt. Das ist von Seiten der EU ein relativ starkes Zeichen. Aber ich war auch enttäuscht, dass nur sehr wenige Staaten klare Vorsätze zum Gipfel mitgebracht haben. Denn natürlich hat es einen Effekt, wenn ein Staat sich in aller Öffentlichkeit zu ambitionierteren Zielen bekennt. Daraus ergibt sich der öffentliche Druck, den Versprechungen Taten folgen zu lassen.

Für mich persönlich war es ein Highlight, dass ich ein Side-Event zum Thema Partnerschaften mitgestaltet habe und dort eine Jugendsession zum Thema Intersektionalität moderieren konnte, also zur Überschneidung von verschiedenen Formen von Diskriminierung. Vielfalt ist mir grundsätzlich ein sehr großes Anliegen.

In welchen Bereichen hakt es denn gerade in punkto Vielfalt?

Leider gibt es immer noch viele Staaten bei den Vereinten Nationen, in denen das zivilgesellschaftliche Engagement generell stark eingeschränkt wird, auch das von jungen Menschen. Das sieht man an den Jugenddelegierten. Diejenigen, die an einer Konferenz wie dem SDG-Gipfel in New York teilnehmen können, sind oft sehr privilegiert und aus reicheren Ländern. Junge Menschen aus Ländern des Globalen Südens haben einen viel schwierigeren Zugang. Sei es aus Visagründen, weil die finanzielle Unterstützung fehlt oder grundsätzlich das Engagement der Zivilgesellschaft eingeschränkt ist. Das macht mich persönlich sehr betroffen, denn so fehlt die Perspektive von jungen Menschen aus den Ländern, die ja oft ganz besonders stark von den Folgen der Klimakrise betroffen sind.

Was hat dich motiviert, dich auf das Amt der Jugenddelegierten zu bewerben?

Ich habe schon früh gemerkt, dass unsere Welt nicht besonders nachhaltig ist und wollte mich engagieren. Ich war lange bei den Pfadfindern, auch auf internationaler Ebene. Generell bin ich sehr diskussionsfreudig und arbeite mich gerne tief in neue Themen ein. Und es fasziniert mich, auf internationalen Konferenzen mit ganz unterschiedlichen Menschen in den Austausch zu kommen. Darum hat das Amt der Jugenddelegierten für mich gut gepasst.

Was rätst du anderen jungen Menschen, die sich für Nachhaltigkeit engagieren wollen?

Es gibt ganz viele unterschiedliche Wege. Man sollte sich selbst ganz ehrlich fragen: Was ist mir wichtig? Und was macht mir Spaß? Denn ich glaube, man kann die eigenen Fähigkeiten nur dann wirklich gut einsetzen, wenn man auch Freude daran hat. Politik kann auch ganz schön frustrierend sein. Da ist es wichtig, dass man weiß, warum man das alles macht. Vor allem aber bin ich überzeugt, dass jede und jeder aktiv werden kann, ganz egal, ob in einem Verein, bei einer Demo auf der Straße oder eben bei einer UN-Konferenz. Schließlich geht die Klimakrise uns alle an.

Franka Bernreiter

ist Medizinstudentin und seit 2022 UN-Jugenddelegierte für nachhaltige Entwicklung. Zusammen mit Fidelis Stehle vertritt sie junge Menschen aus Deutschland bei UN-Konferenzen zu den Themen Nachhaltigkeit und Umweltschutz, unter anderem beim SDG-Gipfel in New York im September 2023.



Foto: privat

Weiterführende Informationen

Das **Dashboard SDG-Index** bietet Daten über den aktuellen Umsetzungsstand der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung in allen 193 Mitgliedstaaten der UN in Form von Rankings und interaktiven Karten. <https://dashboards.sdindex.org/>

Maßnahmen zur Umsetzung von Nachhaltigkeitsagenden können positive wie negative Effekte auf andere Länder haben. Der **Spillover-Index** listet Auswirkungen in den Bereichen Umwelt, Soziales, Wirtschaft, Finanzen und Sicherheit auf. <https://dashboards.sdindex.org/rankings/spillovers>

Kompaktes Wissen rund um die **Ziele für nachhaltige Entwicklung** bietet die UN-Basis-Information: <https://dgvn.de/un-basis-informationen>

Wie die 17 Ziele erreicht werden können sowie Fragen über Investitionen, Schulden und die **»Finanzierung nachhaltiger Entwicklung«** beantwortet die Eine-Welt-Presse: <https://dgvn.de/eine-welt-presse>

Informationen und News rund um die Themen Klimawandel, Umwelt und nachhaltige Entwicklung finden sich auf dem Webseitenportal <https://nachhaltig-entwickeln.dgvn.de/>

1. Auflage Dezember 2023 · ISSN 1614-5437

HERAUSGEBER

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
Zimmerstraße 26/27 · D-10969 Berlin
Telefon: (030) 259375-0 · Telefax: (030) 259375-29
E-Mail: info@dgvn.de · Web: www.dgvn.de

[f](https://www.facebook.com/dgvn.e.v) [x](https://www.instagram.com/dgvn_de) [y](https://www.youtube.com/channel/UCGvNvE) [in](https://www.linkedin.com/company/dgvn) DGVN

VERANTWORTLICH

Dr. Lisa Heemann, DGVN-Generalsekretärin

REDAKTION

Gundula Haage, Jana Krieg (DGVN)

Gestaltung: Cornelia Agel
Gedruckt auf 100%-Recycling-Papier.



Die Publikation wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.